

Vom Friedensprozess  
bis zur  
völligen Blockade

## Die Sackgasse des Nahen Ostens

Avi Primor

Nach dem Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 schrieb ein bekannter israelischer Journalist und Historiker, Shabtai Tevet, ein Buch unter dem Titel *Der Fluch des Segens*. In Israel war das Buch ein Bestseller. Als Segen stellte es den unglaublichen militärischen Sieg des kleinen Staates Israel über alle seine Nachbarländer dar. Das war ein Sieg in einem Krieg, den die damalige israelische Bevölkerung sehr gefürchtet hatte. Es war ein Sieg, der nicht nur, wie die israelische Bevölkerung damals empfand, die Bedrohung durch die Nachbarn zunichte gemacht hat. Er hat auch die historischen Teile des jüdischen biblischen Erbes des Landes wieder in die Hände des jüdischen Volkes gebracht – ein Geschenk Gottes, auf das man nicht mehr gehofft hatte. Mit der Teilung Palästinas durch die UNO im Jahr 1947, nachdem das Land unter britischer Kolonialherrschaft oder britischem Mandat gestanden hatte, hatte sich die jüdische Bevölkerung des Landes damit abgefunden, tatsächlich auf fünfzig Prozent des Landes zu verzichten, das sie als ihre historische Heimat betrachtete. Diese fünfzig Prozent beinhalteten fast alle Landstriche, in denen sich in biblischen Zeiten das jüdische Leben entfaltet hatte, fast alle heiligen Stätten des Judentums. Hätten die Araber Palästinas und die arabische Welt den UNO-Beschluss von 1947 damals akzeptiert, hätten sie in der Hälfte des Landes, die ihnen zugesprochen war, einen Palästinenserstaat gegründet und mit ihrem neuen Nachbarn Israel in Frieden gelebt, so hätten die Juden Israels tatsächlich und ehrlich auf die historischen und bib-

lischen Gebiete verzichtet. Der Sechs-Tage-Krieg hat viele Israelis in eine messianische Stimmung versetzt. Für viele, besonders für gläubige Juden, bedeutete dieser Krieg eine Rückkehr in die glorreichen Zeiten der legendären israelitisch-jüdischen biblischen Königreiche. Nur die wenigsten sahen in den Ergebnissen des Sechs-Tage-Krieges auch den Kern der – untertrieben gesagt – Schwierigkeiten, die auf Israel zukommen sollten.

Unmittelbar nach Eintritt der Waffenruhe am 12. Juni 1967 glaubten die meisten Israelis, an der Schwelle des Friedens mit den arabischen Nachbarn zu stehen. Die Regierung verkündete, die eroberten Gebiete lediglich als Pfand für den Frieden halten zu wollen. In einer berühmten, wenn auch als arrogant empfundenen Erklärung sagte der damalige ruhmreiche Verteidigungsminister General Mosche Dayan in Bezug auf die zuvor eroberten Gebiete, Israel warte nun auf ein Telefonat seitens der Nachbarstaaten. Gemeint war damit, Israel würde nichts einseitig unternehmen. Die Antwort kam aus der sudanesischen Hauptstadt Khartoum, in der im November 1967 ein Gipfeltreffen aller arabischen Staaten stattfand. Diese Antwort ist als „die drei Negationen“ bekannt geworden. Die gesamte arabische Welt verpflichtete sich vor der Öffentlichkeit, den Staat Israel nicht anzuerkennen, mit ihm keine Verhandlungen zu führen und mit ihm keinen Frieden zu schließen. Damit wurde für die Messianisten in Israel der Weg frei, die eroberten Gebiete als befreite Gebiete des jüdischen Volkes zu erklären

Das Kunstprojekt „Face to Face“ zeigt im März 2007 Porträts von Israelis und Palästinensern auf beiden Seiten der Mauer in der Stadt Bethlehem.

© picture-alliance/dpa, Fotograf: Landov



und alles Mögliche zu tun, um sie künftig als Bestandteil der jüdischen Heimat beizubehalten. Im Klartext bedeutete dies die Siedlungsbewegung. Um die Siedlungen zu unterstützen und vor allem um sie zu verteidigen, ging kein Weg an einer Besatzungspolitik vorbei. Im Grunde genommen ist diese Politik bis heute die Realität der israelisch-palästinensischen Beziehungen geblieben, die den Alltag, den Kriegszustand und die Hindernisse für Friedensbemühungen bestimmt.

1974 zerfiel als Ergebnis des Jom-Kippur-Krieges im Jahr zuvor die Golda-Meir-Dayan-Regierung. An die Macht kam zum ersten Mal das Paar Rabin/Peres (zum zweiten Mal geschah dies 1992). In dieser Regierung, die einen Nationalhelden, nämlich den Oberbefehlshaber des Sechs-Tage-Krieges und dennoch Pragmatiker Yitzhak Rabin, an der Spitze hatte, diente Shimon Peres als der zweite Mann. Er war Chef des wichtigsten und einflussreichsten Ministeriums der is-

raelischen Regierung, des Verteidigungsressorts. Unter anderem ist der Verteidigungsminister auch derjenige, der eigentlich die besetzten Gebiete regiert. Peres galt als der Falke der Regierung, der mit allen Mitteln die Siedlungsbewegung unterstützt und ermutigt hat. Einem Freund, der ihn damals fragte, was mit all den Siedlungen auf palästinensischem (damals nannte man sie noch „jordanischem“), ägyptischem und syrischem Boden getan würde, sollte ein Wunder geschehen und unsere arabischen Nachbarn bereit sein, uns anzuerkennen und mit uns den Frieden zu schließen, erwiderte Shimon Peres auf English „Then we are stuck (dann stecken wir in der Sackgasse)“. Wenn Shimon Peres achtzehn Jahre später in der zweiten Rabin-Peres-Regierung der Bannerträger der Taubenden der Arbeitspartei war, der zum beharrlichen Initiator der Oslo-Gespräche mit der PLO geworden ist, so bedeutet dies eine tief greifende Entwicklung nicht nur eines Mannes, sondern in der allgemeinen

Stimmung eines Großteils der israelischen Bevölkerung.

## Frieden mit Ägypten

Die erste Rabin-Peres-Regierung verlor 1977 die Wahlen. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit des Staates Israel wurde die Regierung vom rechten Lager übernommen. Menachem Begin, Spitzenpolitiker der Likud-Partei, als besonderer Hardliner bekannt und von den feurigsten Nationalisten umgeben, verkündete in seiner feierlichen Regierungsantrittsrede den Anfang eines großen Aufschwungs in der Entwicklung der Siedlungsbewegung. Dennoch war ausgerechnet er zusammen mit seinem neu erworbenen Freund aus der Arbeitspartei, dem General Moshe Dayan, derjenige, der die Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten Sadat begrüßt hat. Er verzichtete auf alle eroberten ägyptischen Gebiete, räumte die Siedlungen auf deren Boden und schloss mit Sadat den Frieden.

Zwei Überlegungen haben Begin dazu gedrängt, den Frieden mit Ägypten zu schließen unter Bedingungen, die Anwar El Sadat im Voraus gestellt hatte. Natürlich wollte Begin mit dem größten und wichtigsten arabischen Staat Frieden schließen. Natürlich wollte er als Friedensstifter, als der erste israelische Regierungschef, der mit einem arabischen Nachbarstaat Frieden geschlossen hat, in die Geschichte eingehen. Die Bedingungen aber, die er letzten Endes akzeptiert hat, waren nicht diejenigen, die er sich vorgestellt hatte. Er dachte, er würde mit dem ägyptischen Präsidenten einen Kompromiss erzielen, laut dem er nur einen Teil der besetzten ägyptischen Gebiete zurückgeben würde. Er dachte ursprünglich nicht, dass er auf israelische Siedlungen auf ägyptischem Boden vollkommen verzichten würde. Zum einen war es die israelische Bevölkerung, die die eigene Regierung zu weitgehenden Zugeständnissen gegenüber dem ägyptischen Kon-

trahenten gedrängt hat. Sie war von Sadats Besuch in Israel begeistert und glaubte an den Friedenswillen des ägyptischen Präsidenten. Vor allem gelang es Sadat, die israelische Bevölkerung von seinem Engagement für Ruhe und Sicherheit entlang der ägyptischen Grenze zu überzeugen. Zum Zweiten war es die geheime Hoffnung Begins, dass ein Frieden mit Ägypten, der die Ägypter vollkommen befriedigen würde, ihm Ägyptens Segen zur Beibehaltung des Westjordanlandes einbringen würde. Begin war ein zutiefst ehrlicher, ideologisch motivierter Staatsmann, ein Mann der historischen Vision und ein Idealist. Für ihn gab es überhaupt keinen Zweifel daran, dass es im Westjordanland wie übrigens auch im Gazastreifen um das Eigentum des jüdischen Volkes geht. Für ihn waren diese Gebiete, in denen sich die gesamte biblische Geschichte des jüdischen Volkes abgespielt hat, das Herz der Nation und ihrer Geschichte. Es ging nicht nur um ein Vaterland, das man behalten und verteidigen musste, sondern um eine göttliche Verheißung. Auf dieses dreitausend Jahre alte Erbe des israelitischen Volkes würde er nie verzichten. Sollte er der Führungsspitze der arabischen Welt, dem Staatsoberhaupt Ägyptens, alle seine Gebiete zurückgeben und alle seine Forderungen befriedigen, so würde Ägypten vielleicht ein Auge zudrücken und sich mit der Herrschaft Israels über das Westjordanland und den Gazastreifen abfinden. Leider war dies schon während der Verhandlungen mit den Ägyptern im Laufe des Jahres 1978 nicht so einfach. Die Israelis hatten immer geglaubt, Ägypten sei kein typisches, echt arabisches Land, sondern eher ein Land mit einer eigenen historischen Identität. Diesbezüglich musste Sadat sich bei Begin durchsetzen und ihm erklären, Ägypten sei vor allem ein arabisch-moslemisches Land, ein Bestandteil der arabischen Welt, das mit den anderen Arabern solidarisch ist und bleiben will.

Allein die Tatsache, dass Sadat sich zum Pionier erklärt hatte und ohne Absprache mit seinen arabischen Brüdern bereit war, alleine einen separaten Frieden mit Israel zu schließen, war ihm schmerzlich und gefährlich genug. Die Palästinenser ganz im Stich zu lassen wäre für ihn viel zu weit gegangen und emotional wie auch politisch unmöglich gewesen. In seinem separaten Frieden mit Israel musste zumindest er auf die Palästinenser Rücksicht nehmen und etwas für sie tun. Das Ergebnis war, dass Begin das Konzept der palästinensischen Autonomie im Westjordanland und im Gazastreifen ins Leben gerufen hat.

### Anerkennung palästinensischer Rechte

1979 haben Israelis und Ägypter Frieden geschlossen, und Anfang der Achtzigerjahre wurden die besetzten ägyptischen Gebiete wie auch die israelischen Siedlungen in diesen gänzlich geräumt. Die beiden Länder nahmen diplomatische Beziehungen und andere Kontakte wie Flugverkehr und Tourismus auf. Wirtschaftliche Beziehungen gab es anfänglich auch, wenngleich relativ wenig. Mit den Palästinensern gab es jedoch keinerlei Fortschritte. Da die Israelis mit den Palästinensern nicht verhandeln wollten, haben sie das Prinzip der palästinensischen Autonomie mit den Ägyptern auszuhandeln versucht, die im Namen der Palästinenser sprachen. Die Vorstellungen einer Einigung waren jedoch derartig verschieden, dass die Gespräche nach kurzer Zeit in eine Sackgasse gerieten. Im Laufe der Zeit hat sich der Frieden mit Ägypten auch in einen eiskalten Frieden entwickelt. Krieg, Unruhen oder Terroranschläge gab es seit Sadats Besuch in Jerusalem immerhin nie wieder. Das palästinensische Problem ist jedoch intakt geblieben, allerdings konnte niemand Begins Anerkennung des palästinensischen Volkes und dessen politischer Rechte wie

auch das Prinzip einer Autonomie als erster Schritt des politischen Prozesses rückgängig machen.

### Auf dem Weg nach Oslo

Anfang 1987 brach der erste Aufstand der Palästinenser, die Intifada, aus. 1992 verlor die Likud-Partei die Macht zugunsten einer zweiten Rabin-Peres-Regierung. Diese wiederum unternahm eine neue Initiative, um einen Durchbruch im Konflikt mit den Palästinensern zu versuchen. Zum ersten Mal sprach man von einer Anerkennung der PLO und von der Absicht, mit ihr Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, nach Beendigung der Besatzung mit einem von Israel anzuerkennenden unabhängigen Palästinenserstaat Frieden zu erreichen. Allerdings gab es im Vergleich zu dem Verhandlungsverfahren zwischen Israel und Ägypten vierzehn Jahre zuvor einen wesentlichen Unterschied in dem Verfahren, das Israelis wie auch die Palästinenser sich vorstellten. Die Verhandlungen mit den Ägyptern verliefen in einer klassischen Art und Weise. Man legte alle Probleme und Meinungsverschiedenheiten auf den Verhandlungstisch und verhandelte so lange, bis man eine endgültige Lösung aller Probleme gefunden hatte. Genauso hat man später, 1994, mit Jordanien verhandelt. Palästinenser und Israelis aber sahen ihre Probleme als viel zu empfindlich, heikel und brisant, um sie auf einmal lösen zu können. Man dachte, die beiden Seiten des Konfliktes seien derartig miteinander verflochten, dass ein Versuch, alle Probleme auf einmal zu lösen, alles in die Luft jagen würde. Über das Prozedere wurde 1993 im Vorfeld der Verhandlungen in Oslo gemeinsam entschieden. Es sollte ein Friedensprozess geführt werden, aber ein allmählicher Friedensprozess. Schrittweise sollte das tief sitzende Misstrauen, um nicht zu sagen der Hass, zwischen Israelis und Palästinensern abgebaut werden, bevor man das Risiko eingehen würde, die

empfindlichsten Probleme anzugehen. So zum Beispiel die Frage der Stadt Jerusalem, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die Räumung der Siedlungen und der Verlauf der endgültigen Grenze zwischen den beiden Staaten. Nach Begins Idee wollte man mit einer Selbstverwaltung beginnen. Und selbst diese Autonomie sollte auch nur schrittweise in die Tat umgesetzt werden. Beginnen sollte sie im Gazastreifen. Und dann sollte sie sehr vorsichtig und behutsam um eine Stadt nach der anderen im Westjordanland erweitert werden.

Dieser sogenannte Osloer Friedensprozess brach nach der Ermordung Rabins 1995 zusammen. Sein Kurzzeit-Nachfolger Peres konnte den Prozess nicht retten, und fraglich ist es, ob Rabin selbst, wäre er an der Macht geblieben, ihn hätte retten können. Peres' Nachfolger, Benjamin Netanjahu, der zwar weiter mit Arafat verhandelt hat, hatte auch nicht den Willen, den Oslo-Prozess zu retten. Was noch wichtiger war, ist, dass seine Anhänger, seine Wähler und ein wachsender Teil der israelischen Bevölkerung eine Abneigung gegen den Osloer Prozess entwickelt haben. Der Grund des Scheiterns des Oslo-Prozesses war, dass das Misstrauen, das man im Laufe des Prozesses abbauen wollte, eher zugenommen hat. Daran waren beide Seiten schuld.

Der israelische Durchschnittsbürger, der 1993 den Osloer Prozess willig, aber doch mit ein wenig Argwohn akzeptiert hat, erwartete von diesem Prozess vor allem Ruhe und Sicherheit. Er erwartete nicht unbedingt und nicht sofort einen richtigen, echten, dauerhaften Frieden, nicht unbedingt unmittelbar eine Situation wie damals nach dem Friedensschluss mit Ägypten und später mit Jordanien. Er wusste nicht und weiß auch heute nicht, was ein Frieden genau bedeutet. Schließlich wurden im Verlauf der gesamten menschlichen Geschichte nach Kriegen Friedensverträge unterzeichnet,

und doch hat man danach irgendwann wieder die Waffen gegeneinander erhoben. Was für den durchschnittlichen Israeli konkret begreiflich und dringend erforderlich ist, ist Sicherheit. Er hat doch seit Ausrufung der Unabhängigkeit seines Staates im permanenten Kriegszustand gelebt und hat sich häufig gegen Guerilla-, wenn nicht gar Terrorangriffe verteidigen müssen. Ein echter Waffenstillstand, keine Angriffe, auch nicht seitens unabhängiger terroristischer Gruppierungen, ist, was der Israeli von einem Friedensprozess erwartet. Wenn es dann noch zu einem echten Frieden wie im Nachkriegseuropa kommen sollte, Hallelujah! Mit den Ägyptern und Jordanern haben die Israelis dieses Ziel, Sicherheit, schon mit dem Beginn des Friedensprozesses vollkommen erreicht. Mit den Palästinensern nie.

### Wachsendes Misstrauen

Trotz intensiver Verhandlungen im Rahmen des Osloer Friedensprozesses, trotz Arafats Rückkehr aus dem tunesischen Exil und der Einsetzung einer palästinensischen Autonomiebehörde konnten sich die Israelis nie frei von der Angst vor plötzlichen Terrorangriffen fühlen. Ob die palästinensische Behörde die Terrorangriffe, die sie bestimmt, nicht selbst initiiert hat, nicht verhindern wollte oder nicht verhindern konnte, interessierte den durchschnittlichen Israeli nicht. Terroranschläge bedeuteten für ihn, dass es keinen Friedensprozess gab oder dass er lediglich eine Heuchelei war.

Für die palästinensische Bevölkerung bedeutete der Friedensprozess eine glatte, rapide, sichere Straße zum Ende der Besatzung, der Räumung der Siedlungen und der Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Dennoch hat es die Rabin-Peres-Regierung nie gewagt, noch vor der letzten Stufe des Osloer Prozesses irgendeine Siedlung zu räumen. Obwohl sie es selbst nicht initiiert hatte und sich

sogar bemühte, es zu verhindern, wurden weiterhin Siedlungen ausgebaut. Besonders auffallend war dies im Frühjahr 1994 nach dem Gemetzel, den ein jüdischer Fanatiker während des Gebetes der Moslems in der Grabhöhle der Patriarchen angerichtet hatte. Damals war die israelische Bevölkerung sehr gegen die extremistischen Fanatiker der kleinen Siedlung innerhalb der Stadt Hebron aufgebracht. Und doch hatte die Rabin-Regierung nicht den Mut dazu, diese fanatische Gruppe aus Hebron zu evakuieren. Viele Palästinenser sahen in den Siedlungen, die sie überall im Westjordanland beobachteten, einen Hinweis darauf, dass die Friedenserklärungen der israelischen Regierung nicht ehrlich waren. Für die Israelis waren die Terroranschläge der Beweis für die Unehrlichkeit der palästinensischen Friedensbestrebungen. Und so wuchs das Misstrauen auf beiden Seiten, anstatt allmählich abgebaut zu werden.

Mit dem Wahlsieg des Kandidaten der Arbeitspartei, Ehud Barak, Anfang 1999 entstand eine neue Hoffnung. Drei Jahre Nethanjahu-Regierung haben den Osloer Prozess endgültig beseitigt, und Barak versprach einen neuen schwungvollen Ansatz für einen Friedensprozess. Allerdings wollte er das Verfahren des Osloer Prozesses nicht wiederbeleben. Er betrachtete den allmählichen Friedensprozess als gescheitert und plädierte für einen Prozess anderer Art. Im Grunde genommen dachte Barak an klassische Friedensverhandlungen, so wie sie meistens geführt werden und wie Israel auch die Verhandlungen mit Ägypten und Jordanien geführt hat. Es sollten also alle Probleme auf den Verhandlungstisch gelegt und von Anfang an nur die endgültige Friedenslösung angestrebt werden. Auch dieser Prozess scheiterte im Jahr 2000. Die Palästinenser warfen Barak sein Verhalten, seine „diktatorische“ Verhandlungsführung vor. Barak beschuldigte Arafat der Unehrlichkeit und der Widerwillig-

keit. Mit dem Scheitern der Verhandlungen stand der Nahe Osten diesmal vor einem Scherbenhaufen. Ende Oktober 2000 brach die zweite Intifada aus, und im Januar 2001 wurde Barak mit Pauken und Trompeten abgewählt. An die Macht kam der Hardliner Ariel Sharon.

### Vollkommen blockiert

Drei Jahre lang dauerte die zweite Intifada an. Die politische Situation war vollkommen blockiert. Die Israelis litten unter den fürchterlichsten Terrorwellen und aus den daraus entstehenden größten wirtschaftlichen Rückschlägen. Die Palästinenser litten unter zunehmenden Vergeltungsmaßnahmen, die sie ins Elend getrieben haben. Auf beiden Seiten wuchs die Hoffnungslosigkeit. Im Jahr 2003, nachdem auch der Krieg im Irak für Israel nicht die erhofften neuen Horizonte eröffnet hat, wuchs der Druck der israelischen Bevölkerung auf die eigene Regierung. Sie sollte sich irgendetwas einfallen lassen, auch wenn die meisten nicht wussten, was das sein sollte, um aus der Klemme herauszukommen. Ariel Sharon übernahm infolgedessen Anfang 2004 das Notprojekt seines Gegners Amram Mitznah, das er ein Jahr zuvor verabscheut hatte, nämlich den einseitigen Abzug aus einem kleinen Teil der besetzten Gebiete. Der Gazastreifen sollte gänzlich geräumt werden. Mit den Palästinensern wollte Sharon keineswegs verhandeln. Der Vorwand war zunächst, Arafat sei kein glaubwürdiger Gesprächspartner. Von Arafats Nachfolger Mahmud Abbas (Abu Mazen) hieß es dann, er sei zu schwach. Die israelische Bevölkerung, die in der Mehrheit den Abzugsplan als ersten Schritt in die richtige Richtung unterstützte, atmete wieder auf. Endlich „bewegte“ sich wieder etwas. Voller Optimismus ging man davon aus, dass Sharon auch die übrigen besetzten Gebiete räumen würde. Ob dies im Einklang mit den Palästinensern geschehen würde oder einseitig, war nebensächlich. Hauptsache war

es, sich von den Palästinensern zu trennen, die Besatzung zu beenden und die Siedlungen zu räumen. Unter diesen neuen Umständen konnte der Frieden mit den Palästinensern auch etwas später kommen.

### Schwache Regierungen

Der Libanonkrieg Juli 2006 und der Raketenbeschuss aus dem geräumten Gaza-Streifen machten auch den einseitigen Abzugsplan zunichte. Wieder einmal ist die Situation im Nahen Osten blockiert. Die israelische Sharon-Nachfolgeregierung besteht hauptsächlich aus Pragmatikern, vielen vernünftigen Leuten und nur wenigen Extremisten. Friedenspläne und guten Willen verkündet diese Regierung immer wieder, traut sich aber niemals, eine Friedensinitiative zu ergreifen. Das Problem der Regierung ist, dass sie derartig schwach und bei der israelischen Bevölkerung derartig unbeliebt ist, dass das politische Überleben ihre einzige Beschäftigung ist. Jegliche politische Wende, neue Ideen kommen nicht infrage. Selbst der Wandel in der syrischen Regierung, die sich seit dreieinhalb Jahren bemüht, Friedensverhandlungen mit Israel aufzunehmen und dies in den letzten Monaten sogar ganz offen, bleibt ergebnislos. Oft haben israelische Regierungen sich bemüht, mit Syrien zu verhandeln, um „die palästinensische Falle“ zu umgehen. Vier israelische Ministerpräsidenten haben hinter den Kulissen mit den Syrern verhandelt, Rabin, Peres, Nethanjahu und Barak. Die Olmert-Regierung hält sich selbst dazu für zu schwach. Bei den Palästinensern sieht die Situation nicht besser aus. Seit die Hamas-Bewegung im Januar 2006 die Wahlen gewonnen hat, herrscht in den palästinensischen Gebieten ein permanenter Machtkampf zwischen dem Staatspräsidenten und seiner PLO und der Hamas-Regierung. Dieses Ringen ähnelt sehr oft einem regelrechten Bürgerkrieg. Auch die Palästinenser halten sich für zu schwach, um neue politische Initiativen zu ergreifen.

Der Weg zum Frieden ist im Gegensatz zu dem, was die Weltöffentlichkeit sich vorstellt, gar nicht kompliziert. Die Lösung liegt auf der Hand. Alle Friedenspläne, die Israelis, Araber und Weltpolitiker seit dem Jahr 2000 entworfen haben – die Clinton-Parameter von Dezember 2000, die Bush-Vision vom Sommer 2003, die Genfer Vereinbarung der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft vom Dezember 2003, der Fahrplan des Quartetts und vor allem der Plan der saudi-arabischen Regierung von 2002, der im selben Jahr von der gesamten arabischen Liga angenommen wurde – beinhalten dieselben Prinzipien: eine Trennung zwischen Israelis und Palästinensern, das heißt ein Ende der Besatzung und Räumung der Siedlungen und die Entstehung eines wirklich unabhängigen Palästinenserstaates, der mit Israel in Frieden leben wird. Dazu gehört die Anerkennung des Staates Israel seitens der gesamten arabischen Welt, Friedensschluss, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Kooperation mit der arabischen Welt und die Lösung des Flüchtlingsproblems, vor allem durch Niederlassung im neuen Palästinenserstaat, all dies unter internationalen Garantien. Laut Meinungsumfragen steht in der israelischen wie auch in der palästinensischen Bevölkerung eine solide Mehrheit hinter diesen Prinzipien. Die Schwäche der beiden Regierungen erfordert aber eine wohlwollende, wenn auch energische internationale Unterstützung, um die Umsetzung dieser Friedenspläne zu ermöglichen. Den Amerikanern, denen alle Mittel zur Verfügung stehen, um auf einen Durchbruch drängen zu können, fehlt der Wille dazu. So sind die Europäer die Einzigen, die heute eine Chance haben, dem kranken Nahen Osten behilflich zu sein, und dies besonders unter deutscher Präsidentschaft, die von allen Seiten in Europa wie auch im Nahen Osten hoch geschätzt wird. Dafür aber müssen die Europäer ihre Zurückhaltung ablegen.